

SPD demokratischer pressediens

P/XXXII/60

28. März 1977

Hilfe für Befreiungsbewegungen nicht ablehnen

Lieferung von Waffen muß und soll tabu bleiben

Von Dr. Uwe Holtz MdB

Vorsitzender des Bundestagsausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit

Seite 1 und 2 / 52 Zeilen

Der Polizei droht die Vertrauenskrise

Energie debate nicht auf dem Rücken der Sicherheitskräfte austragen

Von Heinz Penaky MdB

Mitglied des Innenausschusses des Bundestages

Seite 3 und 4 / 79 Zeilen

Die Kuh ist vom Eis

Jungsozialisten beteiligen sich nicht am "Komitee für Frieden"

Seite 5 / 41 Zeilen

Chefredakteur: Helmut G. Schmidt

Heussallee 2-10, 5300 Bonn 12
Postfach: 120 408
Pressehaus 7, Zimmer 217-224
Telefon: 21 90 38/39
Telex: 09 86 846-48 ppbr d

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH
Kölner Straße 108-112, Telefon: 376611
5300 Bonn-Bad Godesberg

Hilfe für Befreiungsbewegungen nicht ablehnen

Lieferung von Waffen muß und soll tabu bleiben

Von Dr. Uwe Holtz MdB

Vorsitzender des Bundestagsausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit

Im südlichen Afrika kämpft die Mehrheit noch immer um ihr Recht. In den Augen Schwarzafrikas steht die Bundesrepublik Deutschland - anders als die skandinavischen Länder - dabei auf der falschen Seite. Wir müssen diesen Irrtum korrigieren, und zwar mit Taten, nicht nur mit Worten; denn im südlichen Afrika läuft ein Prozeß ab, der sich nicht aufhalten läßt.

Wir haben in jüngster Vergangenheit bereits genügend Lehrgeld zahlen müssen: Wäre in Angola und Mozambique die Befreiung vom Kolonialismus rechtzeitig unterstützt worden, bevor die Befreiungsbewegungen dort die Intervention von außen und die Hilfe von Kommunisten akzeptierten, so hätte dies Afrika viel Blutvergießen erspart. Unsere Unterstützung der fortschrittlichen, demokratischen Kräfte in Portugal kam für dieses Land gerade noch zum richtigen Zeitpunkt. Für Afrika kam sie zu spät. Wir müssen uns darüber klar sein, daß nach einer Phase, von der noch nicht feststeht, wie gewalttätig sie sein wird, diejenigen die neuen Mehrheitsregierungen im südlichen Afrika bilden werden, die heute den Befreiungsbewegungen angehören.

Unser Einfluß auf diese politisch brisante Atmosphäre darf sich nicht darin erschöpfen, auf der Seite der Minderheit den Fortgang einer Entwicklung zu blockieren, deren Ausgang feststeht. Wir müssen besonnen, aber aktiv, helfen, daß sich diese Entwicklung so reibungslos und so friedlich wie möglich vollzieht. Wir können deshalb Interventionen - zu wessen Gunsten auch immer - nicht gutheißen. Wir müssen aber darauf achten, daß wir auch in diesem Teil der Welt nur

noch solche Interessen vertreten, die mit den Interessen der Mehrheit der Bevölkerung nicht in Konflikt geraten. Dazu gehört, daß wir Hilfestellung für Befreiungsbewegungen, wo sie von uns erbeten wird, nicht ablehnen. Die Lieferung von Waffen muß und soll allerdings tabu bleiben.

Die Opposition verteufelt die Befreiungsbewegungen grobschlächtig als Kommunisten und schürt dabei erneut die Ängste des Kalten Krieges. Aber auch in Afrika will niemand ohne Zwang eine alte Abhängigkeit gegen eine neue eintauschen. Die Befreiungsbewegungen haben gegenwärtig nur ein Ziel: die Beseitigung der ungerechten und undemokratischen Minderheitsherrschaft. Wir stehen vor der Wahl, ob wir dies politisch unterstützen oder nicht. Dabei muß klar sein: Wenn wir unsere Unterstützung verweigern, bleibt den Befreiungsbewegungen keine andere Wahl, als sich den kommunistischen Ländern zuzuwenden. Diese Länder warten nur darauf, sich als "natürliche Verbündete im Kampf gegen den Imperialismus" darzustellen, um wieder aus der Ecke herauszukommen, in der sie seit Nairobi in den Augen der Überwiegenden Mehrzahl aller Entwicklungsländer stehen.

Wer sich politisch gegen die Befreiungsbewegungen entscheidet, handelt deshalb nicht nur gegen die traditionellen Grundsätze des demokratischen Sozialismus, er verpielt auch die Chance guter Beziehungen zu den Partnern, die für unsere eigene Zukunft - vor allem im Interesse unserer Rohstoffversorgung und der Erhaltung des globalen Gleichgewichts - wichtig sind. (-/28.3.1977/bgy/lo)

+ + +

Der Polizei droht die Vertrauenskrise

Energiedebatte nicht auf dem Rücken der Sicherheitskräfte austragen

Von Heinz Penaky MdB

Mitglied des Innenausschusses des Bundestages

Die Polizei in einem demokratischen Rechtsstaat hat fest umrissene, durch Gesetz und Verfassung eindeutig definierte Aufgabenbereiche - einmal den der allgemeinen Gefahrenabwehr, zum anderen aber die feste Verpflichtung, dem Bürger die Ausübung seiner Grundrechte zu ermöglichen bzw. die Freiheiten sichern und schaffen, in deren Rahmen ihm die Ausübung der Grundrechte nur möglich ist.

Beide Aufgaben der Polizei sind nur möglich, wenn ihre Arbeit auf einer soliden Vertrauensbasis beruht. Nachdem diese Vertrauensbasis in jahrzehntelanger und mühsamer Kleinarbeit durch die Polizei selber, die Regierungen und die Gewerkschaften der Polizei geschaffen worden ist, läuft sie jetzt ernstlich Gefahr, im Zuge der Auseinandersetzungen um den Bau von Kernkraftwerken leichtfertig von einigen Länderregierungen auf Spiel gesetzt zu werden.

Diese beginnende Vertrauenskrise zeigt sich vornehmlich auf zwei Ebenen: einmal auf der im Verhältnis Bürger und Polizei, zum anderen im Verhältnis Polizei und Politik. So ist die Polizei zum Beispiel in Brokdorf und Wyhl in Einsätze geschickt worden, die zwar formal gerechtfertigt waren, sie aber in eine Rolle gezwängt haben, als Bündnispartner und Vollzugsorgan einer Politik aufzutreten, die in weiten Teilen der Bevölkerung auf Unbehagen und sogar offene Ablehnung stößt. Dadurch muß sie in den Augen weiterer Teile der Bevölkerung sich zum Vollzugshelfen einer gegen die Interessen der Bürger gerichteten Politik machen. Die unerlässliche Vertrauensbasis für die polizeiliche Arbeit, in deren Rahmen Demonstrationseinsätze nur einen ganz geringen Anteil ausmachen, muß zwangsläufig dadurch Schaden nehmen.

Dies vor allem, wenn der Polizei von prestigebesessenen Ministerpräsidenten und Länderinnenministern Strategien und Verhaltensweisen aufgezwungen werden, die die Polizei selber schon als unangemessen und anachronistisch ins Museum der Inneren Sicherheit verwiesen hat. Resultat: Das Bild des "prügelnden Bullen" prägt sich im Bewusstsein der Öffentlichkeit ein - so gesehen bei der ersten großen Demonstration in Brokdorf.

Seit der letzten Demonstration auf dem Gelände des Kernkraftwerkes Grohnde in Niedersachsen, bei der zahlreiche Polizisten zum Teil schwer verletzt worden sind, wird eine zweite, sehr gefährliche Vertrauenskrise manifest: Die Polizisten fühlen sich von den verantwortlichen Politikern im Stich gelassen.

Offenbar um die politische Demonstration herunterzuspielen, hat hier die verantwortliche Landesregierung polizeiliche Lagebeurteilungen in den Wind geschlagen und die Polizei personell wie technisch mangelhaft ausgerüstet in einen schweren Einsatz geschickt. Da nützt es dann auch wenig, wenn

"Landesvater" Albrecht, der offenbar nicht aus Brokdorf seine Lehren gezogen hat, in einem Hubschrauber über den Wolken und dem polizeilichen Geschehen schwebend anschließend ein Verbot des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) fordert.

Obwohl durch polizeiliche Ermittlungen im Vorfeld der Grohnder Demonstration als gesichert angesehen werden konnte, daß der KBW eine gewalttätige Demonstration plante, wurde auf die polizeiliche Lagebeurteilung wenig Wert gelegt. Die Folge war, daß nach den Berichten beteiligter Polizisten sich im Zuge der Auseinandersetzungen erschütternde Szenen abgespielt haben. Viele Polizisten wählten sich gegenüber den angreifenden gewalttätigen Demonstranten in einer echten Notwehrsituation, nur durch den energischen Einsatz einiger besonnener und erfahrener Polizeibeamte konnten Schußwaffengebrauch und damit verbundenes Blutvergießen verhindert werden. Da scheint es mir verständlich, wenn die Polizei, wie es jetzt eine Polizeigewerkschaft formulierte, nicht länger bereit sein will, für die "Planspiele der verantwortlichen Politiker die Knochen hinzuhalten".

Ich meine, hier ist ein ganz gefährlicher Punkt erreicht, wenn die Polizei das Gefühl hat, nur noch Mandlanger statusbewußter Politiker zu sein. Dies ist der direkte Weg in eine staatsverdrossene Polizei. Hier haben alle Politiker die Verpflichtung, sich voll und ganz vor die Polizei zu stellen und ihr den Rücken zu stärken.

Falsche Alternativen scheinen mir dabei Verbote und Gesetzesverschärfungen zu sein. Das erst vor wenigen Jahren neugefaßte Demonstrationsstrafrecht räumt den friedlichen Bürgerinitiativen den Freiraum und gesetzlichen Schutz ein, den wir für eine funktionierende Demokratie brauchen, die ihren Bürgern Artikulationsmöglichkeiten auch außerhalb der Parlamente schafft. Eine Statistik der Demonstrationen allein des letzten Jahres zeigt, daß in der Bundesrepublik nach polizeilichen Angaben von 2 956 Demonstrationen nur 195 nicht friedfertig verlaufen sind. Das sind weit weniger als zehn Prozent. Diese politische Entwicklung bestätigt im Nachhinein die Konzeption des neugefaßten Rechts. 1969 sind ebenfalls nach polizeilichen Angaben von 2 253 Demonstrationen 813 unfriedlich verlaufen. Das ist mehr als ein Drittel.

Viel wichtiger erscheint mir, daß die Bürgerinitiativen lernen, sich von gewalttätigen Unterwanderern zu trennen, damit die Ewig-Gestrigen keinen Vorwand haben, sie zu diffamieren und zu diskreditieren. Dringend geboten aber ist, daß die Regierungen in Bund und Ländern unverzüglich und intensiv den versprochenen Kern-Energie-Dialog mit dem Bürger aufnehmen. Die Diskussion um die Kernkraft darf nicht länger auf dem Rücken der Polizei ausgetragen werden.
(-/28.3.1977/kr/ca)

+ + +

Die Kuh ist vom Eis

Jungsozialisten beteiligen sich nicht am "Komitee für Frieden"

Was sich in den letzten Tagen als echte Kraftprobe zwischen der SPD und ihrer Arbeitsgemeinschaft der Jungsozialisten anbahnte, hat am Montag einen Schlußpunkt gefunden. Der Bundesvorstand der Jungsozialisten hat sich am Sonntag in einer fünfständigen Sitzung einstimmig auf die Position verständigt, wie sie von den besonnenen Teilen der Jusos bereits auf dem Hamburger Bundeskongreß vertreten worden war: Der Beschluß 13 - also eine Juso-Beteiligung an den Aktivitäten und Vorhaben des eindeutig von der DKP gesteuerten "Komitees für Frieden, Abrüstung und Zusammenarbeit" - wird nicht durchgeführt.

Erfreulich die Klarstellung des Juso-Bundesvorstandes, daß die Mitgliedschaft in der SPD für Jungsozialisten Vorrang vor allen anderen politischen Fragen hat. Dieses Bekenntnis zur SPD hätte man sich allerdings von manchem Juso-Funktionär in dieser Deutlichkeit bereits vor oder zumindest während des Hamburger Kongresses gewünscht.

Auch ein weiteres Mißverständnis ist mit der Bundesvorstands-Erklärung aus der Welt geräumt: Jungsozialisten bezweifeln nicht die Gültigkeit von Beschlüssen der Partei-Spitzengremien. Dies gilt auch für den Unvereinbarkeitsbeschluß über eine Zusammenarbeit von Sozialdemokraten mit Kommunisten. Wenn die Jusos diesem Beschluß auch nicht ausdrücklich zustimmen, seine Gültigkeit jedoch nicht in Frage stellen, dann wird es Aufgabe der Partei sein, hier inhaltlich mit den Jusos zu diskutieren.

Eines muß allerdings rückblickend auf die Ereignisse seit dem Hamburger Juso-Kongreß noch mit aller Deutlichkeit gesagt werden. Verbalradikalisieren, wie sie von dem Juso-Vorsitzenden Klaus-Uwe Benneter in den letzten Tagen zu hören waren, nützen weder der Partei noch den Jungsozialisten. Mit dem Hick-Hack um eine mögliche Mitarbeit im "Komitee", einer unnötigen und politisch naiven Kraftprobe auf Nebenkriegsschauplätzen, hat der Juso-Vorsitzende die Position seiner Arbeitsgemeinschaft weder in der Partei noch in der Öffentlichkeit gestärkt.

Die Partei braucht aber auch in Zukunft die kritische Solidarität ihrer Jugend, sie braucht eine Arbeitsgemeinschaft, die kritische Fragen stellt und für die Parteiführung auch einmal unbequem ist. Sie kann und muß auf Duckmäusertum und opportunistische Verhaltensweisen verzichten. Nun muß in den Dialog über inhaltliche Fragen mit den Jungsozialisten eingetreten werden, ohne deren Handlungsspielraum einengen zu wollen.

Die Frage einer Mitarbeit im "Komitee" ist vom Bundesvorstand eindeutig beantwortet worden. Die Auseinandersetzung hierüber sollte jetzt in allen Parteigliederungen ad acta gelegt werden. Das heißt aber auch, daß jene Sozialdemokraten, die den Aufruf des "Komitees" unterschrieben haben, ihre unter falschen Voraussetzungen gegebene Unterschriften zurückziehen.

Gode Japs
(-/28.3.1977/bgy/ja)